



Die Offene Linke im
Ansbacher Stadtrat
Boris-André Meyer

Frau Oberbürgermeisterin Carda Seidel

Joh.-Seb.-Bach-Platz 1

91522 Ansbach

Ansbach, 16.07.2013

Antrag: Planfeststellungsverfahren Urlas-Knoten

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

der Stadtrat der Stadt Ansbach möge beschließen:

- 1. Die Stadt Ansbach widerspricht der Planfeststellung des höhenfreien Knotens an der B14 auf der Höhe Windmühlberg in der Version vom 24.06.2013*
- 2. Die Stadt Ansbach strebt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer eine Unterführung unter der B14 auf der Höhe Einmündung Hochstraße / Rummelsberger Straße an.*
- 3. Die Stadt Ansbach verlängert für den Verkehrsanschluss der derzeitigen Militärsiedlung am Urlas die Genehmigung der Behelfsampel an der B14.*
- 4. Die Stadt Ansbach hält am Stadtratsbeschluss vom November 2008 fest und strebt mittelfristig einen höhengleichen Kreisverkehr am Windmühlberg unter den Prämissen von Minimierung des Flächenverbrauchs, der Anzahl von einzuziehenden Privatgrundstücken sowie von Kosten für die Stadt Ansbach und Unternehmen mit Beteiligung der Stadt an. Eine optimale Lösung der Verkehrsbeziehungen im Ansbacher Osten kann dabei im Rahmen einer ganzheitlichen Konversionsplanung nach Bekanntgabe des Abzugs des US-Militärs vorgenommen werden.*

Begründung:

Am 29.06.2010 hat der Ansbacher Stadtrat die Planfeststellung eines höhenfreien Knotens an der B14 einstimmig abgelehnt. Maßgeblich Gründe hierfür waren der hohe Flächenverbrauch, die Inanspruchnahme von 29 Privatgrundstücken sowie Kosten für die Stadtwerke in Höhe von rund 450.000 Euro für Leitungsverlegungen.

Die derzeitige Planfeststellungsvariante hat keine Verbesserungen mit Blick auf die Ziele der Stadt ergeben. Vielmehr würden Stadt, BürgerInnen und Umwelt noch stärker belastet:

- zwar ist die dauerhaft zu versiegelnde Fläche von 6,40 Hektar 2010 auf 5,23 Hektar 2013 gesunken. Allerdings kommen nun 3,67 Hektar für Baustellenflächen und 4,9 Hektar Seitenentnahmen für die Aufschüttung der Rampen (deutliche Steigerung zu 2010) hinzu. Die Renaturierung dieser Flächen würde mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Die insgesamt notwendigen knapp 14 Hektar liegen allesamt in den Gemarkungen Eyb und Hennenbach.
- Anstatt 29 Privatgrundstücke müssten nun 36 eingezogen werden. Einzelne Eigner haben bereits ihre Weigerung eines freiwilligen Verkaufs bekannt gegeben. Ihnen würde ein Enteignungsverfahren drohen.
- Laut Planunterlagen müssten die Stadtwerke über 3.000 Meter Gas-, Wasser- und Stromleitungen verlegen. Dies sind deutlich mehr als 2010 (1.380 Meter). Damit steigen die Kosten erheblich an. Diese sollen komplett auf die Kunden der Stadtwerke umgelegt werden und belasten so tausende Ansbacher BürgerInnen. Zudem soll die Stadt für Straßenverbreiterungen, etwa an der Hochstraße, nochmals zuzahlen.

Der Unfallschwerpunkt am Windmühlberg wurde in den vergangenen fünf Jahren durch verschiedene Maßnahmen, z.B. Geschwindigkeitstrichter, entschärft. Eine Unterführung als passgenaue und preiswerte Querungsmöglichkeit für Fußgänger und Radfahrer erhöht die Verkehrssicherheit spürbarer, als die Planfeststellungsvariante. Denn dort besteht die Gefahr, dass aufgrund großer Umwege Fußgänger zwischen Pfaffengreuth und Windmühle trotzdem direkt die B14 queren.

Die Behelfsampel an der B14 für den Anschluss der derzeitigen Militärsiedlung am Uralas hat in den vergangenen zwei Jahren zu keinen nennenswerten Behinderungen geführt. Deren Genehmigung kann daher bis auf weiteres verlängert werden. Es ist aufgrund der Haushaltslage der USA nicht realistisch, dass weitere Bauabschnitte der Militärsiedlung umgesetzt werden. Zudem ist es fraglich, ob die US-Armee eine Neuplanung auf dem Uralas zum vorgesehenen Anschluss am Planfeststellungsknoten derzeit überhaupt vornehmen würde.

Die stark divergierenden Verkehrszahlen von Stadt und Staatl. Bauamt (15.000 bzw. 20.500) sowie berechnete Zweifel daran, dass die Verkehrsprognose zum Uralas (5.200 Fahrten) jemals erreicht werden kann, lassen den vom Stadtrat im November 2008 beschlossenen höhengleichen, flächensparenden Kreisverkehr mittelfristig durchaus realisierbar erscheinen.

Es liegt im Interesse der Stadt, eine ganzheitliche Lösung der Verkehrsbeziehungen im Ansbacher Osten im Rahmen einer Konversionsplanung nach Bekanntgabe des Abzugs des Militärs anzustreben. Die derzeitige Planvariante dient in den Augen Vieler eben nicht in erster Linie der Verbesserung der Verkehrssicherheit, sondern war und ist Ausfluss der Uralaspläne mit Stand 2007. Die oben beschriebenen Belastungen zum vorrangigen Nutzen des Militärs sind unverhältnismäßig. Der Knoten ist daher abzulehnen, zumal er nicht alternativlos ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat